

321941-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen für Unternehmen: Recht, Marketing, Consulting, Einstellungen, Druck und Sicherheit – Zentrale Druck- und Versanddienstleistungen für den Landkreis Potsdam-Mittelmark

OJ S 90/2026 11/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Potsdam-Mittelmark

E-Mail: vergabestelle@potsdam-mittelmark.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zentrale Druck- und Versanddienstleistungen für den Landkreis Potsdam-Mittelmark

Beschreibung: Zentrale Druck- und Versanddienstleistungen für den Landkreis Potsdam-Mittelmark

Kennung des Verfahrens: 463fa764-5140-41f2-9d0a-7ab7d09dfe28

Interne Kennung: 13-2026 EU

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79000000 Dienstleistungen für Unternehmen: Recht, Marketing, Consulting, Einstellungen, Druck und Sicherheit

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79571000 Postversand, 79800000 Druckereidienste und verbundene Dienstleistungen des Druckgewerbes

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: innerhalb und außerhalb des Landkreises Potsdam-Mittelmark

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP9Y4BHKAZ# Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf der elektronischen Vergabeplattform (<http://www.vergabemarktplatz.brandenburg.de>) bereitgestellt. Die Vergabekommunikation wird ebenfalls ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes Brandenburg abgewickelt. Fragen sind ausschließlich hierüber an die Vergabestelle zu richten. Ggf. erforderliche Nachsendungen und Änderungen werden ebenfalls in diesem Portal in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Eine Registrierung auf der Vergabeplattform ist freiwillig. Beim Unterlassen der

freiwilligen Registrierung trägt das Unternehmen das Risiko, einen Teilnahmeantrag, eine Interessenbestätigung oder ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen erstellt zu haben und daher im weiteren Verlauf vom Verfahren ausgeschlossen zu werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Zentrale Druck- und Versanddienstleistungen für den Landkreis Potsdam-Mittelmark
Beschreibung: Der derzeitige, weitgehend papierbasierte Postausgang stellt einen gravierenden Medienbruch dar, der den Zielen der übergreifenden Digitalisierung entgegenwirkt. Dieses Projekt schließt diese Lücke und ermöglicht einen durchgängig digitalen Prozess von der Erstellung eines Dokuments bis zu dessen rechtssicherer Zustellung. Die Digitalisierung des zentralen Postausgangs ist ein wesentlicher Schritt zur Modernisierung der Verwaltungsprozesse im Landkreis Potsdam-Mittelmark (Auftraggeber). Ziel ist es, den Postausgang medienbruchfrei, zukunftssicher und kosteneffizient zu gestalten, um den gesamten Prozess zu beschleunigen und zu optimieren. Hierbei steht der rechtskonforme elektronische Versand im Vordergrund. Ziel sind die Kostenreduktion durch stetige Digitalisierung und Automatisierung sowie die Prozessbeschleunigung. Es soll ein zukunftssicheres, skalierbares System eingeführt werden, dass auch die künftigen Anforderungen an digitale Zustellwege (z.B. EUDI-Wallet) unter Einbindung der BundID und Beachtung der eIDAS-Verordnung erfüllt. Auf der Grundlage der Jahresauswertung 2025 ist mit einem jährlichen Briefpostvolumen von aktuell rund 300.000 Drucksendungen unterschiedlichen Größen (standard, kompakt, groß, maxi) auszugehen. Hierin sind rund 15.000 Postzustellungsaufträge (PZA) und 15.000 Einschreiben (300 ins Ausland) enthalten. Somit ist aktuell von einem täglichen Postausgangsvolumen von 1.500 Drucksendungen auszugehen, wenn rund 200 Arbeitstage pro Kalenderjahr zu Grunde gelegt werden. Im Zuge der weiteren Digitalisierung der Prozesse des Leistungsversand und Leistungsbeantragung für die Bürgerinnen und Bürger durch die Kreisverwaltung, ist die Nutzung der EUDI-Wallet angestrebt. In diesem Zusammenhang muss die flexible Skalierbarkeit des Papierpostaufkommens zu jedem Zeitpunkt gegeben sein.
Interne Kennung: 13-2026 EU

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79000000 Dienstleistungen für Unternehmen: Recht, Marketing, Consulting, Einstellungen, Druck und Sicherheit
Zusätzliche Einstufung (cpv): 79571000 Postversand, 79800000 Druckereidienste und verbundene Dienstleistungen des Druckgewerbes

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort
Zusätzliche Informationen: innerhalb und außerhalb des Landkreises Potsdam-Mittelmark

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 3 Jahre

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1
Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Vertragslaufzeit beginnt mit Wirksamwerden des Zuschlags und beträgt drei Jahre. Die Ausübung einer Verlängerungsoption für 2 weitere Vertragsjahre erfolgt durch eine schriftliche Erklärung des Landkreises Potsdam Mittelmark

gegenüber dem Auftragnehmer. Diese Erklärung muss dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der aktuellen Vertragslaufzeit zugehen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Ausübung der Verlängerungsoption besteht nicht.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# 1. Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf der elektronischen Vergabepattform (<http://www.vergabemarktplatz.brandenburg.de>) bereitgestellt. 2. Bewerber/Bieter müssen zur Erstellung Ihres

Teilnahmeantrages/Angebotes die vom Auftraggeber bereitgestellten Formulare verwenden.

Teilnahmeanträge/Angebote, die diese Vorgaben nicht beachten, können ausgeschlossen werden. Zusätzlich geforderte Anlagen sind beizufügen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen /Angebote ist nicht ausreichend. 3. Die Übermittlung von Bieterfragen hat ausschließlich über

die Vergabepattform zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 02.06.2026 über die Vergabepattform eingegangen sind. Mündliche, auf

anderem Weg als über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes eingehende oder verspätete Anfragen werden nicht beantwortet. Der AG wird etwaige Informationen (auch

die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern/Bietern zum Teilnahmeantrag /Angebot sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, über den

Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes zur Verfügung stellen. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern/Bietern, täglich den Link zum Abruf von aktuellen Informationen u.

Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bieteranfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. 4. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bieter/BWG der Kontaktaufnahme durch den

AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 5. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung

zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig

oder verändert wiedergegeben wird. Zusätzliche Hinweise zur Laufzeit des Vertrages: Nach Zuschlagserteilung erfolgt für die Dauer von drei Monaten eine umfassende Pilotierungs- bzw.

Testphase, in der sämtliche technischen, organisatorischen und prozessualen Abläufe des Auftragnehmers vollumfänglich unter realen Einsatzbedingungen geprüft werden. Sollten im

Rahmen der Pilotierungsphase unüberbrückbare Mängel festgestellt werden, die eine ordnungsgemäße Leistungserbringung dauerhaft ausschließen oder die Funktionsfähigkeit

des Gesamtsystems wesentlich beeinträchtigen, behält sich der Landkreis Potsdam Mittelmark ausdrücklich das Recht vor, den Vertrag außerordentlich zu kündigen. Eine solche

Kündigung kann erfolgen, wenn trotz angemessener Fristen und nachvollziehbarer Nachbesserungsverfahren keine vertragskonforme Lösung erreicht werden kann. In diesem

Fall entstehen dem Landkreis keinerlei zusätzliche Kosten für die Beendigung des Vertragsverhältnisses. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotierungsphase erfolgt die

schriftliche Freigabe durch den Landkreis. Erst mit dieser Freigabe beginnt der reguläre Echtbetrieb.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Der Bieter hat mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes ein tragfähiges und schlüssiges Konzept zur klimafreundlichen Leistungserbringung vorzulegen und während der gesamten Vertragslaufzeit umzusetzen. Das Konzept muss Maßnahmen zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes bei Produktion, Materialeinsatz, Logistik und Energieverbrauch enthalten. Dazu gehören insbesondere der Einsatz ressourcenschonender Technologien und zertifizierter Materialien (Blauer Engel) sowie energieeffizienter Produktionsverfahren. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Klimaschutzmaßnahmen regelmäßig zu evaluieren und dem Auftraggeber auf Anforderung entsprechende Nachweise oder Fortschrittsberichte zur Verfügung zu stellen. Es sind ökologisch nachhaltige Materialien wie Papier oder Umschläge zu verwenden. Mit dem Erstangebot sind hierzu Angaben und entsprechende Zertifikate einzureichen.

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Die Bieter müssen im Rahmen Ihres Teilnahmeantrages die Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz unterschrieben einreichen. Damit wird eine faire Vergütung die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzten Personen gewährleistet.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe Handelsregisternummer und Registergericht. Die Angabe erfolgt im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag. Sofern Sie nicht zur Eintragung in einem Register verpflichtet sind, machen Sie bitte in dem dafür vorgesehenen Abschnitt im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag Angaben hierzu. Diese Eigenerklärung ist auch von allen Unterauftragnehmern / Eignungsliefergebern einzureichen. Der Nachweis für die Unterauftragnehmer / Eignungsliefergeber erfolgt im Formular Eigenerklärung 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 3 Registereintrag.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über das Bestehen einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mind. 3 Millionen Euro sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mind. 2 Millionen Euro bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut (Angabe im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag). Im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag kann der Bewerber zum Nachweis seiner Versicherungswürdigkeit alternativ auch bestätigen, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den o. g. Mindestdeckungssummen zu versichern. Diese Eigenerklärung ist auch von allen Unterauftragnehmern / Eignungsliefergebern einzureichen. Der Nachweis für die Unterauftragnehmer / Eignungsliefergeber erfolgt im Formular Eigenerklärung 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 5 Versicherung. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Einreichung von mindestens einem Referenzprojekt aus dem öffentlichen Bereich über vergleichbare Leistungen aus den vergangenen drei Jahren. Die Referenzen müssen folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Sie müssen hinsichtlich Art und Umfang mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. - Sie müssen für einen öffentlichen Auftraggeber durchgeführt werden/worden sein. - Sie müssen

ein jährliches Druckvolumen von mindestens 300.000 Drucksendungen umfassen. - Sie müssen einen Vertrag betreffen, der mindestens 24 Monaten besteht/bestanden hat. - Die Leistungen müssen aktuell erbracht werden oder innerhalb der letzten maximal drei Jahre erbracht worden sein. - Die Leistungen müssen durch den Bewerber selbst als Auftragnehmer oder als Mitglied einer beauftragten Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden/worden sein. Dabei muss der Leistungsanteil des Bewerbers mindestens 50 % des Auftragswertes des jeweiligen Referenzauftrags betragen. Der Nachweis für den Bewerber erfolgt im Formular Eigenerklärungen 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 8 Referenzen. Diese Eigenerklärung ist nur für den Bewerber selbst einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Referenzanfrage bei den benannten Auftraggebern durchzuführen. Hinweis: Der Nachweis ist auch von allen präqualifizierten Bewerbern auszufüllen und einzureichen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Die Gewichtung des Kriteriums kann dem Verfahrensbrief 13-2026 EU entnommen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über das Bestehen einer Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft. Die Angabe erfolgt im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag. Sofern Sie nicht zur Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft verpflichtet sind, machen Sie bitte in dem dafür vorgesehenen Abschnitt im Formular 2.3 EU-Teilnahmeantrag Angaben hierzu. Diese Eigenerklärung ist auch von allen Unterauftragnehmern / Eignungsleihegebern einzureichen. Der Nachweis für die Unterauftragnehmer / Eignungsleihegeber erfolgt im Formular Eigenerklärung 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 4 Berufsgenossenschaft.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe Jahresumsatz (Netto) des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023/2024/2025) im Tätigkeitsbereich des Auftrages bzw. den Umsatz für Dienstleistungen, die der anstehenden Aufgabe entsprechen in Höhe von mindestens: EUR 500.00 Netto. Sofern dem Bewerber der Jahresumsatz für 2025 noch nicht vorliegt, sind die Jahresumsatzangaben für das Jahr 2022 einzutragen. Der Nachweis für den Bewerber erfolgt im Formular Eigenerklärungen 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 6 Jahresumsatz. Diese Eigenerklärung ist nur für den Bewerber selbst einzureichen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Die Gewichtung des Kriteriums kann dem Verfahrensbrief 13-2026 EU entnommen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe festangestellter Mitarbeiter/-innen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023/2024/2025), jeweils unter Angabe der Anzahl der Auszubildenden, Anzahl der festangestellten Mitarbeiter ohne Auszubildende und Führungskräfte, Anzahl der festangestellten Führungskräfte sowie der Mitarbeiterzahl im ausgeschriebenen Leistungsbereich inkl. Auszubildende und Führungskräfte. Das Unternehmen muss jährlich über mind. fünf festangestellte Mitarbeiter im ausgeschriebenen Leistungsbereich verfügen. Der Nachweis für den Bewerber erfolgt im Formular Eigenerklärungen 13-2026 EU - Reiter 3.4.1 Nr. 7 Mitarbeiter. Diese Eigenerklärung ist nur für

den Bewerber selbst einzureichen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss. Die Gewichtung des Kriteriums kann dem Verfahrensbrief 13-2026 EU entnommen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zertifizierung gemäß ISO 9001 und ISO 27001 oder einem vergleichbaren anerkannten BSI-Standard. Hierzu sind entsprechende, zum Zeitpunkt der Angebotsfrist gültige, Zertifikate einzureichen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y4BHKAZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y4BHKAZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 25/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y4BHKAZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/06/2026 08:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderungen erfolgen gemäß § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Noch nicht bekannt

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit dem Angebot sind vorzulegen: -
Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen
Vergabegesetz (Formular 5.3 EU) - Vereinbarung zwischen dem Bieter / Auftragnehmer /
Nachunternehmer / Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder
Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen
Vergabegesetz (Formular 5.4 EU) - Sonderformular Russland-Embargo - Eigenerklärung
Angaben zum Bieter

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 134 (2) GWB findet Anwendung:"15

Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber ist der
Vertragsschluss möglich. Wird die Vorabinformation nach § 134 (2) GWB per Fax oder auf
elektronischem Wege versendet, verkürzt sich diese Frist auf 10 Kalendertage. Sie beginnt am
Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber."§ 160 GWB findet
Anwendung. Die Vorschrift lautet auszugsweise: "(1) Die Vergabekammer leitet ein
Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der
Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des
Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von
10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 (2) bleibt unberührt, 2. Verstöße
gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht
spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder
zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 3. Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis
zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber
gerügt werden; 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,
einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind."

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis
Potsdam-Mittelmark

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis Potsdam-Mittelmark

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Potsdam-Mittelmark

Registrierungsnummer: 12-12992262167655-64

Postanschrift: Niemöllerstraße 1

Stadt: Bad Belzig

Postleitzahl: 14806

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam-Mittelmark (DE40E)

Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@potsdam-mittelmark.de
Telefon: +49 33841910
Fax: +49 3384191450
Internetadresse: <https://www.potsdam-mittelmark.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@mweke.brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1610
Fax: +49 331866-1652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 370f3f66-eccc-46c4-8c21-8a55bda2393f - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/05/2026 18:41:02 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 321941-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 90/2026

Datum der Veröffentlichung: 11/05/2026